

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Nummern
zelle oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereine
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kontospender: Amt 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Neuwahl im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise!

Herr Kreitling ist im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise nicht gewählt, trotzdem er vom Wahlkommissar als Abgeordneter proklamiert worden ist. Mit diesen Worten verkündeten wir in Nr. 151 unseres vorigen Jahrgangs eine Thatsache, deren Wichtigkeit von Herrn Kreitling erst jetzt, nach Verlauf von sieben Monaten, und nachdem die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags fast einstimmig sein Mandat als ungültig erklärt hat, begriffen worden ist. Etwas spät kam gestern die freiwillige Mandatsniederlegung dieses Herrn, aber sie kam doch.

Jedoch, Herr Kreitling ist nicht nur jetzt aus dem Reichstage ausgeschieden, in dem er nur ach so kurze Zeit weilen durfte, er wird sicherlich überhaupt aus der Reihe der freisinnigen Bewerber um die Kandidatur im 2. Wahlkreise ausgeschieden. Denn bereits wird im gegnerischen Lager die Frage der Nachfolgerschaft des Herrn Kreitling erwogen, und die „Volls-Zeitung“, die recht oft das getreueste Bild vom freisinnigen Klauenstreit widerspiegelt, ist offenerhandt genug, mitzutheilen, daß zur Vermeidung einer freisinnigen Doppellandidatur Herr Kreitling wohl nicht wieder aufgestellt werde.

Wer nun auch von den Unentwegten der Sozialdemokratie entgegengestellt werden möge, für unsere Parteigenossen heißt es jetzt, auf dem Posten zu sein und eine Scharte auszuweisen.

Selen wir uns klar darüber: Zu Beginn der vorjährigen Wahlkampagne war in der parteigenössigen Organisation des zweiten Wahlkreises und der davon abhängigen Agitation nicht alles, wie es sein sollte. Wir fühlten uns zu sicher und waren zu siegesgewiß, um mit Nachdruck alle Kräfte anzuspannen.

Und als da am 16. Juni das Resultat herauskam, daß der Sozialdemokrat, auf den 1898 die Zahl von 26 607 Wahlstimmen gefallen war, es nur auf 26 269 Stimmen brachte, als klar wurde, daß unser Genosse Fischer in der Stichwahl mit dem Freisinnigen um ein hart bedrängtes Mandat ringen mußte, da war es zu spät, um das Versäumte nachzuholen. Die Stimmen in beiden Lagern hielten sich die Waage, und es bedurfte der Weisheit der offiziellen Wahlprüfungsbehörden, um das unter wenig einwandfreien Gründen Herrn Kreitling zudilirierte Mandat für ungültig zu erklären.

Unsere Parteigenossen im zweiten Wahlkreise sind in den verfloßenen sieben Monaten nicht untätig gewesen. Sie haben die Lücken in der Organisation ausgefüllt und gehen jetzt, unterstützt von der Sozialdemokratie aller benachbarten Wahlkreise, kampfergötter der Wahlkämpfe entgegen.

Jetzt heißt es mit ganzer Anstrengung agitieren, um das uns gebührende Mandat in der vollen Macht eines unzweifelhaften Sieges zurück zu erobern.

Wohl tritt uns am Ende auch diesmal wieder die ganze Koalition unserer Gegner, vom Bierphilister bis zum Schutzmann und Kammerdiener höheren und niederen Ranges geschlossen entgegen, aber nach anderer Richtung hin hat der Freisinn gerade in Berlin neuerdings der Sünden so viele begangen, und namentlich im zweiten Wahlkreise mit so schmutzigen Mitteln gekämpft, daß die Fehler unserer Gegner und die Agitation wesentlich erleichtert.

Vorwärts in die Wahlkämpfe! Die Sozialdemokratie aller Orten nimmt mit Spannung an den nun beginnenden Kämpfen theil und erwartet bestimmt, daß die Sozialdemokratie im zweiten Kreise mit Ehren bestehe.

Diese Erwartung wird nicht getäuscht werden!

Kasernen- und Zuchthausstaat.

In neuester Zeit ist wieder, wie stets, wenn bei unseren Gegnern sich ungewöhnliche Abschwächung der Gehirnthatigkeit zeigt, viel von dem „Zukunftstaat“ die Rede gewesen — im Reichstag und außerhalb desselben. Wir Sozialdemokraten können mit einem „Zukunftstaat“ nicht aufwarten, weil wir wissen, daß die geschichtliche Entwicklung von Staat und Gesellschaft sich nach Gesetzen vollzieht, deren Wirkungen der Mensch zwar beschleunigen oder verlängern, nicht aber aufheben oder wesentlich abwandeln kann. Deshalb hat die Sozialdemokratie es auch stets abgelehnt, sich mit Schilderungen der zukünftigen Dinge und Menschen zu befassen, und alle derartigen Schilderungen in das Reich der Phantasie verwiesen und als Utopien, das heißt als Träume und Schäume, die „Nirgendwo“ Wirklichkeit sind, bezeichnet. Anders die übrigen Parteien. Sie glauben nicht an die organische Entwicklung und fortwährende Weiterentwicklung. Sie glauben entweder, daß die menschliche Gesellschaft und die Staatseinrichtungen im Kern immer so bleiben werden, wie sie sind, oder daß es in ihrer — der Parteien — Macht liegt, diese Verhältnisse und Einrichtungen nach Willkür und Gefallen zu ändern. Wer ersterer Ansicht huldigt, wie alle kapitalistischen Parteien der Gegenwart: Freisinnige, Nationalliberale u. s. w., kommt nicht zur Schaffung eines Staats- und Gesellschafts-Ideals, denn der heutige Staat und die heutige Gesellschaft sind ihm bereits die Erfüllung — und die Erfüllung schließt das Ideal aus.

Anderer die beiden großen Parteien, die, wenn auch auf dem Boden des Kapitalismus stehend, in der kapitalistischen Entwicklung doch ein Uebel erblicken, von dem die Menschheit je eher desto besser erlöst werden muß. Diese beiden Parteien sind das Zentrum und die konservative Partei, die

beide aus der Gegenwart heraus wollen, jedoch nicht in die Zukunft einer Weiterentwicklung des heutigen Zustandes, sondern in die Vergangenheit vor der Entwicklung nicht bloß der kapitalistischen, nein überhaupt der bürgerlichen Welt. Zentrum und konservative Partei haben ihr Staats- und Gesellschaftsideal in die Zeiten zurückverlegt, wo einerseits die Kirche, andererseits der Feudalismus herrschte.

Und wenn sie in ihrem Ideal auch vielfach mit einander übereinstimmen, und wenn auch ihr Ideal auf dem nämlichen Boden wurzelt, so stehen doch beide Parteien in Bezug auf die Ausübung der Herrschaft in scharfem Gegensatz zu einander. Und würde es jemals den Junkern und Zentrumsleuten gelingen, durch ein — bekanntlich wiederholt angestrebtes — Bündniß ihr mittelalterliches Staats- und Gesellschafts-Ideal zu verwirklichen, so würden sie bald ebenso hart aneinandergerathen, wie im Mittelalter die Kirche und der Feudalstaat.

Ist nun auch das Zentrum neuerdings in Deutschland Regierungspartei geworden, so muß es doch gerade, um herrschende Partei zu bleiben, der Regierung gegenüber eine gewisse Selbstständigkeit wahren und darf sich von dem Junkerthum, welches unter dem neuesten Kurs mit der Regierung eins geworden ist, nicht ins Schlepptau nehmen lassen. Und auch die Rücksicht auf seine Wähler, die zum großen Theil demokratisch sind, zwingt das Zentrum zu einer oppositionellen Haltung. So ist denn das Junkerthum allein in der Lage, an die gewaltsame Verwirklichung des Staatsideals zu gehen. Gewalttätige Verwirklichung — wir meinen Verwirklichung durch die Staatsgewalt. Der sozialdemokratische Zukunftstaat, von welchem die konservativen oder richtiger die reaktionären Junker — denn konservativ giebt es in Deutschland nicht — in den letzten Wochen so viel sprachen, ist nur die schillernde Nebelhülle für den reaktionären „Zukunftstaat“. Der Zukunftstaat der reaktionären Herren Kraut- und Schlotjunfer ist ein mittelalterlicher Vergangenheitsstaat, in welchem die kapitalistische Gegenwart nur in so weit gebildet wird, als sie zur Bereicherung der „Herren“ dient, und ihnen stärkere Machtmittel in die Hand giebt. Und von ihrem Zukunftstaat, der in die Vergangenheit zurückstrebt, und in der Gegenwart eine sehr reale Machtgrundlage hat, haben die Herren Kraut- und Schlotjunfer uns ein so genaues, treues und ehrliches Bild gegeben, daß wir ihnen wahrhaft Dank schuldig sind.

Als wir vorigen Monat, antwortend an ein verrätherisches Wort, das der „Kreuz-Zeitung“ entchlüpft war, in einem Artikel: „Vorherrliche Disziplin“ ausführten, wie das letzte Ziel, das politisch-soziale Endziel unserer schlot- und krautjunferlichen Reaktion die Militarisirung des ganzen Staates, sammt allen Vertrieben, Verurtheilten und Körperstrafen sei, da that die „Kreuz-Zeitung“ tief entsetzt und schickte sich in die schlechte und billige Rejouissance, wir hätten unseren Zukunftstaat mit dem ihrigen verwechselt. Ach nein, liebe „Kreuz-Zeitung“. Der Blödsinn, der uns unter der Etikette „Zukunftstaat“ zugeschrieben worden ist, war freie Erfindung unserer Feinde und ist stets von uns mit Nachdruck abgelehnt worden, wie man Aletten abgeworfen hat. Aber hier handelt es sich um einen Zukunftstaat, den die Parteiführer als Programm aufgestellt haben — nicht in anonymen oder privaten Meinungsäußerungen, sondern amtlich in dem obersten Vertretungskörper des deutschen Volkes und in ihrer Eigenschaft als Gesetzgeber. Der Zukunftstaat ist ernst. Die ihn uns vorgeführt haben, sind im Besitz großer Machtmittel und, ihrem eigenen Geständniß nach, großen Einflusses auf die Staatsregierung. Und sie arbeiten mit all ihren Machtmitteln, mit all ihrem Einfluß an der Verwirklichung ihres Zukunftstaates.

Wie er aussieht, der Zukunftstaat der Stumm, der Kardorff, der Alindowström, der Arnim und Konsorten? Nun, sie haben ihn uns ja so deutlich enthüllt, so ohne Feigenblatt, so ohne Schleier, so „nackt“, um einen Ausdruck ihres verstorbenen Hauptmanns Bismarck zu gebrauchen, daß es nicht möglich ist, sich zu täuschen oder mißzuverstehen. Wenn Herr v. Stumm den Marineminister Tirpitz anheerscht: „Sozialdemokraten dürften auf den Bersten nicht beschäftigt werden! Der Arbeiter muß, daß Brot er ißt (eigentlich daß, der sein Brot ißt), daß Lied singen!“, so ist das ein „Königs“-Wort, an dem in der That nicht zu denken ist. Und wenn der Parteigenosse des Herrn Stumm: der Postgeneral Bobbielski, uns zuruft: „der Postbeamte darf keine eigene Meinung haben — ich dulde keine Sozialdemokraten in der Post!“, so riecht das schon nach der Kaserne, in die das Reich sammt allen seinen Betrieben hineingeprügelt werden soll. Und wer sich müßt, der fliegt! Das wird nicht wörtlich gesagt, aber es ist der notwendige Schluß der Drohworte, und in ihnen enthalten.

„Der Staat sind wir“ — denken die Stumm, Bobbielski, Kardorff, Alindowström und Konsorten — „und wer nicht mit uns ist, ist wider uns.“ Sozialistische Hirngespinnste sind's, daß die Landarbeiter nicht sollen in Löchern wohnen, die schlimmer sind als Hundehütten — verkündet uns Graf Arnim. Und ein Sozialistengesetz, um die Sklavenstumm zu machen und das freie Wort zu knebeln! — schreit Kardorff.

Inzwischen baut die preussische Junkerregierung kräftigst an ihrem Zukunftstaat: die Kerzte werden schon in die militärische

Ordnung eingefügt. Das ist der Anfang. Der Rest folgt. Und so kommen die freien Berufe, gleich dem Staatsbetriebe, einer nach dem andern unter die Unteroffiziersdisziplin. Ueber Allem als verzerrende Krönung des Gebäudes der Reichstag mit seiner „vorherrlichen Disziplin“ — am Schnürchen sich bewegend, hint rechts um! links um! sich schwenkend auf Kommando des parlamentarischen Rittmeister-Triumvirats: Ballestrem, Frege, Schmidt.

Und aus Dresden der Verzweiflungsschrei von sieben vernichteten Arbeiterfamilien — drei und fünfzig Jahre Zuchthaus wegen einer Lappalie, die aber eine Beleidigung ist Seiner Majestät des Goldenen Kalbes.

Der Zukunftstaat ist vor der Thür. Vor der Thür? Mit einem Fuß stehen wir schon in ihm. Und dieser Zukunftstaat der Schlot- und Krautjunfer und ihrer Parteigänger: das militärisch organisirte Reich — eine große Kaserne und daneben ein großes Zuchthaus.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 8. Februar.

Der Reichstag

setzte heute die Berathung der Dankvorlage fort, ohne zum Schluß zu kommen. An der Annahme der Regierungsvorlage in allen ihren wesentlichen Theilen ist nicht zu zweifeln. Allein immerhin treten Gegensätze hervor, deren Kampf unser politisches Leben erfüllt, und von keinem Gebiete sich fern halten läßt. Hier der moderne Kapitalismus, wie er in dem Bankwesen und in der Börse zum Ausdruck gelangt — der Kapitalismus, welcher das bis vor wenig Jahrzehnten vorwiegend landwirthschaftliche, ackerbaureichende Deutschland, nach einer ökonomischen Revolution ohne Gleichen, zu einem Industriestaat ersten Ranges verwandelt hat. Dort das alte landwirthschaftliche Deutschland, über das die Wogen jener Revolution hinweggeschlagen sind, die Grundlagen der alten Gesellschaftsordnung und der alten Existenzbedingungen zerstörend.

Bei der Berathung dieser Dankvorlage stehen die beiden Deutschlands — das alte und das neue — einander gegenüber, verkörpert in den Rednern. Auf der einen Seite die Büsing, die Koch, die Siemens, die von der Höhe des Geldsacks herab, der heutzutage der höchste Thron ist, mit vergnügten Sinnen und im stolzen Gefühl der Sicherheit in ihrer Welt sich umschauen und mittelbig auf die überwindene Kleinbürgerliche Feudalwelt herabsehen. Auf der anderen Seite Graf Ranig, der Donquixote der abgestorbenen feudalen Kleinbürgerlichen Welt, der gegen den modernen Kapitalismus so vertrauensvoll und so hoffnungslos anrennt, wie der edle Ritter von der Mancha gegen die Windmühlen. Und neben dem ehrlichen, idealen Donquixote, der Alles glaubt was er sagt, sein Schildknappe Camp, der Alles beweisen kann, und sein Sancho Panza Schrempf, der eine Ahnung hat von der Gegenwartswelt, und während er hinter dem untadelhaften Ritter hertrabt, das Prätisch-Geschäftliche nie aus dem Auge verliert, ebenso wenig wie sein Vorbild.

Säjarfer können die Gegensätze sich nicht ausdragen. Zwischen diesen Gegensätzen ist kein Raum. Der kleinbürgerlich-demokratische Standpunkt, den der Birtleberger Payer zum Ausdruck bringt, hat keine reale Unterlage und Stütze.

Nur ein Drittes giebt es, das über den beiden ringenden Gegensätzen steht: die Sozialdemokratie, welche die volle Verechtigung des modernen Kapitalismus mit seinen Banken und seinen Börsen innerhalb der heutigen Gesellschaft anerkennt, aber im Kapitalismus nur eine höhere Form der Räuberei erblickt, als in der rohen, primitiven, kulturwidrigen Junkerwirthschaft, und durch die sozialistische Organisation beiden Formen der Räuberei ein Ende machen will. Dieser Standpunkt wurde sehr geschickt vom Genossen Schoenlank vertreten, dessen Sachverständnis sogar von Gegnern hervorgehoben wurde.

Nächste Sitzung Freitag. Fortsetzung der Debatte. Außerdem steht noch die Interpellation der Agrarier über die Verhandlungen mit Amerika auf der Tagesordnung.

Lord Salisbury über die Abrüstungs-Konferenz.

Im englischen Oberhaus wurde bei der Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede am Dienstag Abend auch der Abrüstungsvorschlag des Zaren in recht uninteressanter Weise besprochen. Der Premierminister führte weiter folgendes aus:

Die beständige Vermehrung der Rüstungen, die aus allen Seiten stattfindet, gerade zu der Zeit, wo wir von Frieden sprechen und ihn prophezeien, ist nicht gerade ermutigend für den idealen Traum, dem der Kaiser von Rußland sich vielleicht hingeeben hat. Wir müssen uns auf die Möglichkeit eines weniger befriedigenden Ausganges, als der Kaiser erwartet, gefaßt machen. Es gilt große Schwierigkeiten zu überwinden, ehe sich ein allgemeiner Segen, wie ihn der Zar stützt hat, erreichen werden kann. Ich selbst werde sehr zufrieden sein, falls die Resultate der Konferenz und der Unterhandlungen auch nur in bescheidener Weise dem aufgestellten Ziele entsprechen. Falls wir durch die Ausdehnung der Anwendung des schiedsrichterlichen Prinzips in den Stand kommen, die Ursachen zu vermindern, durch die Krieg herbeigeführt werden kann, und falls durch humane Gesetzgebung die Schrecken der Kriege gemildert werden könnten, so

Reichstag.

28. Sitzung, Mittwoch, 8. Februar 1899, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: v. Bojadowitz, Dr. Koch. Abg. Kreiling (fr. Volksp.) Berlin II hat sein Mandat niedergelegt.

Die erste Beratung der Novelle zum Bankgesetz wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Schoenau (Soz.)

Wenn meine Partei zu der Reichsbank-Vorlage das Wort ergreift, so geschieht es, weil die leitenden Motive unseres Parteiprogramms die Vergesellschaftung, die Rationalisierung der Produktionsmittel sind, und weil wir deshalb grundsätzlich Freunde der Verstaatlichung sind; aber wir unterziehen jedesmal die Verstaatlichungsfragen praktisch auf ihre Bedeutung hin. Für uns hätte sie nur Werth, wenn sie einen politischen und ökonomischen Fortschritt, eine weitere Etappe in der von uns gewünschten Entwicklung bedeutete, wenn sie der Allgemeinheit nützt und nicht etwa einem kleinen Interessententümel. Bei der Reichsbank-Verstaatlichung müssen wir ganz klar erklären, ob denn bei der heutigen politischen und wirtschaftlichen Konjunktur überhaupt ernsthaft an eine bejahende Antwortung dieser Frage zu gehen ist und ob nicht etwa das heut herrschende gemischte System des Bankwesens, der Bankverfassung, wie wir sie seit 1875 haben, bereits Leistungen verrichtet und Bedingungen erfüllt, die wir von unserem Standpunkte der Verstaatlichung an eine Bank stellen, welche allgemeine Interessen befriedigen soll. Wir müssen gegenüber allen Argumenten, die aus den Kreisen der bürgerlichen Ökonomie und der bürgerlichen Politiker gegen die Verstaatlichung erhoben werden, zunächst die Frage antworten: was hat bis jetzt die Reichsbank geleistet? Wie hat sie ihre Aufgaben erfüllt? Und welche ihrer Aufgaben berühren das allgemeine Interesse?

Die Aufgabe einer Zentralnotenbank ist in erster Reihe die Regulierung des Geldumlaufs, der Schatz der Landeswährung und die Fürsorge für eine Erleichterung der Zahlungsausgleichung. Unsere Zentralnotenbank ist ja heute das Ergebnis eines langen Kampfes und schwierigen Kompromisses zwischen den Interessen der Einzelstaaten, die mit ihren Notenbanken zu rechnen haben und der Idee der Zentralisation. Durch das Bankgesetz von 1875 ist aber tatsächlich mit der Vielheit der Fettelbanken aufgeräumt worden; wir haben heute bloß eine große Fettelbank in Deutschland, die deren Funktionen auch erfüllt. Es war ein Kompromiß zwischen einflussreichen politischen Faktoren, welche die Erhaltung ihrer Privatnotenbanken wünschten und den Mächten, welche sozusagen die Forderungen proklamirten, die die moderne kapitalistische Entwicklung auch an das Reich stellt: die Nothwendigkeit der Zentralisation des Notenwesens im Interesse der modernen kapitalistischen Produktionsweise, welche bestimmte Dinge braucht, um sich frei in bestimmten Bahnen zu entfalten. Sehen Sie sich nun an, was die Reichsbank auf dem Gebiete des Notenwesens geleistet hat: wir hatten 1875 einen Giroverkehr von sechzehn Milliarden, heute haben wir einen von 104 Milliarden. Durch den Giroverkehr ist das Kreditwesen kolossal ausgebildet worden, welches nun immer mehr an Stelle der schwerfälligen Uebertragung des baaren Geldes das Giro und gleichzeitig eine Ersparnis des Baargeldes in großer Maßstäbe herbeiführt. So wurden 1875 beim Giroverkehr 10 Milliarden, 1897 schon 83 Milliarden Baargeld erspart. Durch den großen Aufschwung von Industrie, Handel und Verkehr ist die Zahl der im Giro-Guthaben ausgeworfenen Summen immer mehr gewachsen: 1876 kam auf 1 Mrd. jährlich 240 Mr. Umlauf im Giroverkehr, 1897: 420 Mr. Durch diesen großen Aufschwung des Giroverkehrs konnte die Reichsbank sich auf dem Gebiete der Kreditgewährung immer mehr entwickeln. Daß der Wechsel- und Lombardverkehr bei der Reichsbank zunahm, ist für unsere sozialen Verhältnisse ein sehr wichtiges Moment. Dadurch hat sich das Kreditwesen so verfeinert und ausgebildet, daß eine Reihe von Störungen beseitigt worden sind. Durch Vermittelung der Reichsbank sind an zehn der größten Handelsplätze jene clearing houses gegründet worden, wo die Banken ohne Vermittelung des Baargeldes ihre Kontoforderungen auswerfen können und diese auf das Reichsbank-Girokonto übertragen werden. Der Reichsbank fällt nur die Aufgabe zu, auf die Vermehrung und Verminderung des Metallgeldvorraths, die Anpassung des Umlaufs an die Schwankungen des Geldbedarfs, die Erhaltung der deutschen Währung hinzuwirken. Hat die Reichsbank das gethan? Wenn sie auf dem Gebiete der Währung gut gearbeitet hat, so ist das wünschlich nicht das Verdienst der Herren auf der Rechten. Durch die Thätigkeit der Reichsbank ist die unerschütterliche Stabilität unserer deutschen Währung gesichert worden; und die abnorme Steigerung des Wechselkurses auf das Ausland ist verhütet worden.

Unter welchen Bedingungen hat die Reichsbank gearbeitet? Im Jahre 1875 sind plötzlich die Silberverkäufe eingestellt worden, und zwar nicht aus tiefliegenden ökonomischen Gründen, sondern aus Gründen im Interesse der Wäse. Diese plötzliche Einstellung der Silberverkäufe ist mit Hilfe der Rechten, der Agrarier, geradezu als offene Wunde erhalten worden, weil diese verhütet hat, daß dieser schwere Fehler von damals gut gemacht worden ist. Trotz dieser Einstellung der Silberverkäufe, die die Diskontopolitik der Reichsbank aufs schwerste gefährdete, hat die Reichsbank niemals ihre Progreß aufgegeben, alle ihre Zahlungen auf Verlangen in Gold zu machen. Der Goldvorrath der Bank ist gewachsen von 1875 bis heute von 1654 Millionen auf 2900 Millionen und die Diskontopolitik der Reichsbank hat sich angepaßt den Schwankungen des Geldbedarfs und vor allem dem immer steigenden Geldbedarf. Es hat in den Jahren 1886 bis 1895 der Ueberfluß der Goldprägungen über die Einziehungen betragen in Frankreich 1028 Millionen, in der Bank von England 470 Millionen, aber in Deutschland 1188,5 Millionen. Meine Herren! Mit der Entwicklung des modernen Industrialismus, mit der Ausbildung der großkapitalistischen Produktionsweise, die sich immer mehr kartellirt, inbündert, zu großen Verbänden zusammenschließt und immer größere Ansprüche stellt an das Kreditwesen, an die Leistungsfähigkeit der Zentralbank, ist selbstverständlich auch die Aufgabe der Zentralnotenbank gewachsen. Bedenken Sie, daß unsere Ausfuhr von 1875, wo sie 2 1/2 Milliarden betrug, gestiegen ist bis 1895 auf 3 Milliarden 680 000 Mr., daß die Bevölkerung gestiegen ist, die Betriebslänge unserer Eisenbahnen sich von 28 000 auf 44 150 Kilometer gesteigert hat, so werden Sie sehen, wie nothwendig die Zentralisation unseres Bankwesens ist, da man von einem Punkte aus eingreifen und reguliren kann. Hier kommt ich auf die Diskussion über die Diskontopolitik der Reichsbank. Herr Gamp hat uns wieder einmal die Diskontopolitik der Bank von Frankreich gepriesen, und hervorgehoben, daß diese mit 2 pCt. diskontirt. Aber die Auffassung, daß eine Notenbank und sei sie noch so mächtig, den Diskont von sich aus feststellen könnte, widerspricht den tatsächlichen ökonomischen Verhältnissen. Der Diskontofuß wird beeinflusst durch die Schwankungen und Schwankungen des großen Organismus der Welt- und Volkswirtschaft.

Der Diskontofuß einer Zentralnotenbank, der durch die allgemeinen wirtschaftlichen Zustände bestimmt wird, regulirt sich auch ganz einfach nach dem Kapitalreichtum, nach dem Geldreichtum des Landes, wo diese Notenbank ist; und wenn nun gesagt wird, dieser Diskontofuß in der deutschen Reichsbank sei so sehr hoch, so meine ich, wenn man Vergleiche zieht, z. B. zwischen dem Diskontofuß Frankreichs und dem Deutschlands, daß man nicht vergessen soll, daß Frankreich einen viel größeren Kapital- und Geldreichtum hat als Deutschland, und ferner, daß in Frankreich die wirtschaftlichen Zustände seit Längerem stagniren, daß dort die Entwicklung zum Großindustrialismus noch ein Traum der Zukunft ist. Deutschland ist das kapitalistische Land in Europa, das in den letzten zehn Jahren den größten industriellen

den größten wirtschaftlichen Aufschwung gehabt hat. So kommt es, daß dieses Frankreich mit diesem herrlichen Bankdiskont industriell zurückbleibt.

Ist denn der offizielle Diskontofuß überhaupt der tatsächliche Diskontofuß? Die Bank von England hält sich überhaupt nicht kritisch an ihren offiziellen Diskontofuß, und auch die Reichsbank diskontirt zeitweise Wechsel niedriger als zu ihrem offiziellen Diskont; bloß die Bank von Frankreich hält sich kritisch an den offiziellen Diskont. Dieser Diskontofuß wird einfach nach der Weltkonjunktur der einzelnen Nation berechnet. Aber darauf kommt es nicht an, sondern auf den Betrag der während dieser verschiedenen Raten diskontirten Wechsel, und wenn man einen wirklichen Vergleich ziehen will, darf man nicht diesen offiziellen Diskontofuß zu Grunde legen, sondern muß in Abzug bringen den Brutto-Ertrag der durchschnittlichen Wechselanlage; dann stellt sich heraus, daß bei diesem Brutto-Ertrag sich eine Differenz ergibt, die keineswegs so groß ist, wie bei dem offiziellen Diskontofuß, nämlich eine Differenz von 0,6 pCt. in einem Jahreszins zwischen französischem und deutschem Bankdiskont. Dieser Durchschnitt beträgt für die Bank von Frankreich 2,8 und für die deutsche Reichsbank 3,4 pCt. Nun meine ich, daß die Diskontopolitik allerdings regulirt auf den Geldverkehr und den Geldbedarf in einem doppelten Betraht wirken kann. Indem sie den Diskontofuß erhöht, ladt sie das fremde Geld herein und beschränkt die inländischen Kreditansprüche. Wenn der Diskontofuß relativ niedrig ist, tritt die Erscheinung, die ich oben geschildert habe, in entgegengekehrter Richtung ein. Aber die Auffassung, daß man die Diskontopolitik der Reichsbank als schädlich betrachten müsse gegenüber dem deutschen Interesse, und daß etwa durch eine andere, sagen wir in agrarischen Interesse gerichtete Politik, durch Verbilligung des Diskonts bessere Zustände herbeigeführt werden würden und daß durch Kapitalerhöhung und Heraushebung der Rotengrenze ein billigerer Diskont zu erzielen sei, zeigt, daß die Auffassung vom Wesen des Diskonts doch noch nicht in die Kreise gebrungen ist, welche diese Vor schläge machen. Wenn es darauf ankomme, daß der Diskont sich ändert zu Gunsten dieser Ansprüche durch Erhöhung des Grundkapitals und der Rotengrenze, dann würde der Herr Reichsbank-Präsident sehr wenig Sorge haben. Nein, der Reichsbank-Diskont steht ebenso unter dem Zwange des ganzen Geschäftsganges, der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Die oberste Aufgabe einer Zentralnotenbank ist die Regulierung des Geldumlaufs, die Aufrechterhaltung der Landeswährung. Aber aus den Klagen und Kritiken, so gedämpft sie auch gestern waren, lönt der Schmerz darüber heraus, daß die Zentralnotenbank des Deutschen Reiches sich nicht umgewandelt hat zu dem, was die Zentral-Genossenschaftskasse in Preußen ist, zu einer Generalpumpstation für das Agrarierthum. (Lachen rechts.) Den Beweis dafür werde ich sogleich erbringen. Herr Gamp ist bekanntlich einer der Kämpfer im Streit der agrarischen Bankpolitik. Herr Gamp hat die Forderungen, die die Agrarier an die Reichsbank stellen, formulirt, und wir haben ein Dokument, nämlich sein Werk aus dem Jahre 1883: Der landwirtschaftliche Kredit und seine Befriedigung. Daraus ersehen wir, daß die agrarische Politik durchaus abstrahirt von den realen Bedingungen einer Zentralnotenbank, und daß sie eben in ihrem spezifischen Sonderinteresse Forderungen stellt, die sofort das Fundament der Reichsbank in die Luft sprengen würden. Die Landwirtschaft muß mit langen, die Reichsbank mit kurzen Fristen rechnen, sie kann die Wünsche der Agrarier nicht erfüllen, langfristigen Kredit und einen ungesicherten Kredit. Herr Gamp fordert z. B., daß während nach dem Bankgesetz die Wechsel, die von der Reichsbank diskontirt werden, mindestens zwei gute Unter-schriften Verpflichteter haben müssen und mindestens drei gute Unter-schriften haben, zu Gunsten der Landwirthe eine Ausnahme gemacht und ihnen einfach auf eine Unterchrift ein Wechsel diskontirt werde. Und während die Reichsbank fordern will, daß die Wechsel so kurzfristig wie möglich sind, d. h. auf 3 Monat lauten. Herr Gamp verlangt dann weiter, daß die Reichsbank ihr Lombard-geschäft zu Gunsten der Agrarier erweitern. Die Baaren der Landwirthe sollen günstiger und höher tarirt werden als andere Kaufmannsgüter; er fordert möglichst billigen Lombardtag, und auch hier so lange Fristen, wie sie eine Notenbank, die tägliche Verbindlichkeiten hat, gar nicht einräumen kann. Herr Gamp hat ja einen guten Trost für die Reichsbank. Sie ist die einzige Bank in Deutschland, die ihre Wechsel nicht weiter giebt und geben kann. Er räth ihr nämlich, die mit ihrem Giro vertriebenen Wechsel ebenfalls zu verkaufen, d. h. die Zentralnotenbank gebet zu den großen Privatbankhäusern und diskontirt ihre Wechsel, bloß um den Agrariern Gefälligkeiten erweisen zu können. Den Großgrundbesitzern sollen eben Konzeptionen gemacht werden, die andere nicht haben.

Es ist nun interessant, daß gerade aus den Reihen derer, die sich nicht über Mangel an Reichs- und Staatshilfe beklagen können, gegen die Reichsbankantheilseigner der Vorwurf erhoben wird, daß sie sich Millionen scheinbar lassen. Diese Vertreter der Hochfinanz erfreuen sich wirklich nicht unserer Sympathie (nana! Lachen rechts), aber eben so wenig die Agrarier, die Vertreter des feudalen Besitzes. Sehr richtig! rechts.) Sie reden von Liebesgaben! Aber wie steht es mit Ihren Liebesgaben, mit den 40 Millionen für Traubenwein, den 30 Millionen für Juter, mit den Liebesgaben, die Sie ans Dölln und indirekten Steuern haben. (Lachen, Zwischenrufe rechts.) Sie haben am wenigsten Grund, über Liebesgaben zu reden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Graf Kanitz hat hier von der Tribüne des Reichstages den Grundrath ausgesprochen, es sei im Interesse allgemeiner Wohlfahrt nothwendig, die Baarenpreise so weit wie nur möglich herauszutreiben. Nur mit einer Waare, dem Geld macht der Herr eine Ausnahme. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun fragt ich: schließt er unter diese theure Waare auch die Arbeitskraft ein, und wünscht er in dem Gejrahl der ostelbischen Junkerschaft diese Arbeitskraft recht theuer? (Lebhafte Zustimmung, Lachen rechts.) Dann sollten die Herren ihren Landarbeiter, statt sie als Saufgänger nach dem Besten zu treiben, höhere Löhne zahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen, Zurufe rechts.) Aus Ihren Mäulen höre ich, daß die Arbeitskraft inbezogen ist; aber mit Worten ist nichts gethan. Ihre Thaten beweisen, daß Sie nichts wollen, als die Arbeiter möglichst auszubeuten. (Große Heulrufe rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen die Folgen tragen und die Deutschnationalen um Zufuhr der Aulis aus Polen und Rußland bitten. (Gelächter, Zwischenrufe rechts.)

Was nun die einzelnen Forderungen der Reichsbankvorlage betrifft, so sind das banktechnische Fragen, die sorgfamer Erwägung bedürfen und diese wohl in der Kommission finden werden. Eine Erhöhung des Grundkapitals ist nothig, wenn die Reichsbank ihren Lombardverkehr und entsprechend der modernen wirtschaftlichen Entwicklung den Kreis ihrer Thätigkeit ausdehnen will. Aber, meine Herren, die ganze Geschichte der indirekten Kontingentierung war ja sozusagen eine Lieblingsidee des Herrn Otto Vilsaek. Damals schon hat sich Herr Wambser, der sich seit dem Beginn der Reichsbank ist, gegen die indirekte Kontingentierung ausgesprochen, während Herr Koller, der Vorsitzende des bürgerlichen Liberalismus, dafür eintrat aus nationalen Rücksichten. Heute denkt man sehr kühl und objektiv über diese Frage. Thatsache ist allerdings, daß diese indirekte Kontingentierung für die Reichsbank gar nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist, daß die Reichsbank zu Zeiten, wo das Kontingent über-schritten war, da ihr die Sicherheit des Notenumlaufs nicht gefährdet schien, bei dem niedrigen Diskont blieb, während die Reichsbank den Diskont erhöht hat zu einer Zeit, wo die Grenze des Kontingents noch gar nicht erreicht war. Wenn der Geldbedarf so schwannt, dann dürfte der Diskont nicht nur nach der Stärke des Geldbedarfs, sondern auch nach der Art desselben normirt werden. Wir finden, daß bei noch nicht erreichter Kontingentengrenze der Diskont sich erhöht hat, besonders, wenn der Metallvorrath der

Reichsbank sich durch stärkeren Geldabfluß nach dem Auslande zu vermindern anfangt oder auch, wenn sich der Kreditanspruch nicht aus dem normalen regulären Verlaufe der wirtschaftlichen Konjunktur, sondern als eine Konsequenz einer fieberhaften und künstlich erzeugten Spekulation erklärt. Die Frage der Festlegung der Privatnotenbanken in bezug auf den Diskont muß auch sehr reichlich erörtert werden. Sicherlich ist die niedrige Diskontfestschickung der Privatnotenbanken ein Einfluß auf die Diskontpolitik der Reichsbank gewesen. Es steht auch fest, daß heute die Privatnotenbanken nicht mehr mit ihren Noten regulirend in den Geldumlauf eingreifen, sondern daß sie, gestützt auf die Reichsbank, eigentlich nur noch die Vermittlerin zwischen den Konsumenten, den Kunden, den Klienten und der Reichsbank sind. Aber die Privatnotenbank-Organisation ist unter allerlei Zugeständnissen und Kompromissen mit in das Bankgesetz hineingenommen worden und hinter mindestens fünf oder sechs dieser Banken stehen die Regierungen der betreffenden Länder. Es sind Landesbanken in ihrer Art, und darüber wird sich wohl eine Einigung erzielen lassen. Wichtiger ist, daß der Reichsbank der Weg zur Regulierung des Geldumlaufs und zur Organisation des Diskonts frei gemacht werden muß. Ob Staatsbank oder gemischtes System, die Frage hat heute keine Bedeutung mehr. Aber wir sollten doppelt vorsichtig sein vor der Ausdehnung dieser förmlichen Organisation auf das Notenbankwesen, weil wir sehen, wie die Agrarier bereits die Politik beeinflussen und wir es jedenfalls verhüten müssen, daß die Zentralnotenbank, die uns eine Garantie für geregelten Geldumlauf ist, zu einem Werkzeug mächtiger, einflußreicher Gruppen und Parteien wird, die die Bankpolitik nicht im allgemeinen Interesse, nicht im Interesse von Handel und Verkehr, sondern zur Pflege speziell agrarischer Interessen betreibt. Wenn sich heute die Herren von der Rechten zur Bankvorlage erkundlich milde verhalten, so beweist das, daß die allmähliche Annäherung der Regierung an die Rechte und der Rechten an die Regierung, die Kapitalisation der Regierung an die Agrarier und an die Leute aus Stumm sich auch hier bei der Reichsbank vollzieht. Man verjaget auf einen prinzipiellen Kampf; das bedeutet, daß die Herren ihre Spezialforderungen in die Tasche stecken, es ausgeben, ersthaft für die Verstaatlichung der Reichsbank zu kämpfen, aber hoffen, durch freundliche Annäherung auf anderem Gebiete eine ganze Reihe von Vortheilen zu erlangen.

Die Herren haben gelernt, daß die Politik der großen Mittel gar nicht nothwendig ist. Heute spricht man nicht mehr vom Antrag Kanitz und der Doppelwährung. Heute treibt man die Politik der kleinen Mittel und denkt vielleicht dabei, daß wenn die Zerstörungen bei der Reichsbank beginnen, die Hochzeitsgabe bei den Handelsverträgen begahrt werden wird. Die Agrarier konnten auch nichts besseres thun. Da die Mehrheit des Reichstages sich doch nicht auf ihren prinzipiellen Standpunkt in der Bankfrage stellen wird, denken sie, wenn wir jetzt den kleinen Finger nehmen, werden wir bei den Verhandlungen über die Handelsverträge und bei der Inaugurierung der Sperrpolitik und Hochschützollnern die ganze Hand nehmen. Wir werden also alles thun, um zu verhüten, daß den Agrariern irgend ein Zugeständniß gemacht wird, und da unsere Zahl nicht so gering ist, glaube ich, werden wir nicht am wenigsten mit in der Lage sein, bei wichtigen Fragen über die Reichsbankpolitik den Ausschlag zu geben.

Wie gesagt, über einzelne Fragen zu diskutieren, ist der Kommission vorbehalten. Aber ich meine, daß wir diesen ganzen Prozeß, der sich hier auch in den Vorarbeiten der Vorlage vollzieht, als einen interessanten und lehrreichen für die ganze Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft betrachten können, daß diese Tendenz auf die Zentralisation, die ja thatsächlich für das Fettelwesen bereits durchgeführt sich zeigt, wie der Kapitalismus immer mehr diese Zentralisation gegen die Anarchie der bürgerlichen Produktionsweise braucht.

Die sozialen Momente, die uns bei der Reichsbank interessieren sind in erster Linie indirekter Art. Wir sehen hier den Aufschwung des Kapitalismus, der immer mehr und mehr dem Einzelbetriebe, dem Privatbetriebe abnimmt, der immer mehr darauf ausgeht, zu zentralisieren, von einem Punkte aus zu leiten, sei es den Diskont, den Geldumlauf, die Währungs politik. Zugleich sind wir als Vertreter der Arbeiterschaft interessiert, daß nicht etwa die großen Gebiete des Handels und Verkehrs durch eine verkehrte Bankpolitik gehemmt werden. Wir brauchen eine Bankpolitik, die dafür sorgt, daß wenn es zu Rückschlägen, zu Erschütterungen kommen sollte, Vorsichtsmaßnahmen getroffen sind, die es verhüten, daß Vorgänge wie 1873 das ganze Wirtschaftstollen verheeren, und die ferner dafür sorgt, daß den Wünschen der Agrarier auf Einführung der sogenannten Doppelwährung nicht nachgegeben wird. Denn die Doppelwährung ist eine der schwersten Gefahren nicht nur für das Unternehmerthum, sondern auch für die Arbeiterklasse, weil der Bimetallismus billiges Geld, aber theure Lebensmittel bedeutet. — Also wir entscheiden in dieser Frage der Reichsbank-Vorlage als Vertreter der Arbeiter durchaus kühl und unbeeirten, werden aber jedenfalls für eine Bankpolitik, die das Allgemeinwohl aus der Liebesgaben-Politik der Hölle in die Reichsbank-Politik überträgt, nie zu haben sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Payer (född. Sp.)

wendet sich gegen die Bestimmungen des Entwurfs, die sich gegen die kleineren Notenbanken richten. Diese sind direkt schädlich. Die Erfahrungen der letzten 10 Jahre haben gezeigt, daß die Reichsbank im Großen und Ganzen ihre Aufgabe erfüllt hat; eine Verstaatlichung ist grundfährzenden Reformen liegt also nicht vor. Nicht die gegenwärtige Organisation der Reichsbank ist schuld an dem hohen Diskontofuß. Die Festschickung desselben hängt doch im Wesentlichen von der Lage des Weltmarkts ab.

Es liegt mir fern, das Interesse der kleineren Notenbanken an sich zu vertreten. Aber diese sind identisch mit den Interessen von Handel, Landwirtschaft und Gewerbe. Man will die Notenbanken hindern, zu einem niederen Satz zu diskontiren als die Reichsbank. Was ist denn geschehen, um diese Maßregel zu rechtfertigen? Die Reichsbank selbst trägt ja kein Bedenken, zu mehr oder weniger großen Theilen eines Prozents unter ihren eigenen Diskont zu gehen. Der Zwangsdiskont liegt doch voraus, daß man alle zwingen kann. Auf dem Markte existirt doch nicht nur die Reichsbank und die kleineren Notenbanken, es giebt auch auf die Privatdiskontäre, 2 1/2 pCt. auf die Reichsbank, und nur 8 1/2 pCt. auf die kleineren Notenbanken. Letztere, speziell die in Süddeutschland, sind gar nicht in der Lage, einen großen Einfluß auf den Markt auszuüben. Es besteht bereits die Vereinbarung, daß die kleineren Banken um nicht mehr als 1/2 pCt. unter den Diskontofuß der Reichsbank gehen dürfen, allerdings unter den wahren Diskontofuß.

Man konnte nun daran denken, daß die kleineren Banken in Zeiten der Krisis die Reichsbank schädigen können. Auch das ist nicht der Fall, denn die kleineren Banken haben sich bereits verpflichtet, in solch einem Fall auf die Benachthigung der Reichsbank nie nicht unter deren Satz zu diskontiren.

Eine „einheitliche“ Regelung des Notenbankwesens bedeutet nichts weiter als den kleineren Banken das Lebenslicht ausblasen. Es existirt ein großer Unterschied zwischen der einheitlichen Regelung der Diskontpolitik des Deutschen Reiches und der einheitlichen Regelung des Notenbankwesens.

Noch zweifelhafter als die juristische Seite der Frage ist die Frage, ob der Bundesrath in moralischer und politischer Hinsicht das Recht hat, einen derartigen Einfluß auf das Erwerbssleben auszuüben. Ich weiß nicht, ob die Inhaber der Notenbank-Privilegien gegen die berechtigten Wünsche der Reichsbank gekündigt haben. Ist das der Fall, so kann die Reichsbank schon Reineidur schaffen, denn sie hat schon jetzt Macht genug dazu. Aber deshalb eine gesetzliche Bestimmung zu erlassen, die die Existenz der kleineren Notenbanken untergraben, das ist doch nicht berechtigt. Die kleinen Notenbanken sind aber verloren, wenn sie gezwungen werden, nicht unter den offiziellen Diskontofuß der Reichsbank zu gehen. Und das würde für den

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 9. Februar.
Spernhaus. Die weiße Dame.
Königsplatz. Die drei Heeresführer.
Deutsches. Die drei Heeresführer.
Leistung. Die guten Freundinnen.
Berliner. Das Erbe.
Messing. Der Schlafwagen-Kontrollant.
Neues. Kraft.
Metropol. Die kleinen Mädchen.
Schiller. Othello, der Mohr von Venedig.
Westen. Bra Diavola.
Central. Die Suppe.
Thalia. Schiddebold's Engel.
Luise. Othello, der Mohr von Venedig.
Welle-Alliance. Nachraum.
Cheval. Der Brandstifter.
Friedrich. Wilhelmstraße 132.
Alexanderplatz. Die Stunde.
Caroline. Wendelin von Hohenheim.
Urania. Taubenstraße 48-49.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Oberleutn. Wensky: „Nondyke“
Melns Reise ins neue Goldland.
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
40 Krieger des Mahdi.
Théâtre variétés.

Gastan's Panopticum.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Abend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Novität! Wirkliches Wasser!
Der Brandstifter.
Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Die kleinen Mädchen.
Die Engeldjäger.
Apollon-Theater.
Direktion E. Waldmann.
Sechster Abend:
Madame Yvette Guilbert.
Mr. Segommer Geschw. Alexia.
Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Central-Theater.
Die Suppe (La Poupée).
Znisen-Theater.
Othello, der Mohr von Venedig.
Die berühmte Widerpäntige.
Maria Stuart.
Um's liebe Geld.
Wildes Blut.
All Heil!

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Die kleinen Mädchen.
Die Engeldjäger.
Apollon-Theater.
Direktion E. Waldmann.
Sechster Abend:
Madame Yvette Guilbert.
Mr. Segommer Geschw. Alexia.
Reichshallen.
Stettiner Sänger.

Central-Theater.
Die Suppe (La Poupée).
Znisen-Theater.
Othello, der Mohr von Venedig.
Die berühmte Widerpäntige.
Maria Stuart.
Um's liebe Geld.
Wildes Blut.
All Heil!

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Central-Theater.
Die Suppe (La Poupée).
Znisen-Theater.
Othello, der Mohr von Venedig.
Die berühmte Widerpäntige.
Maria Stuart.
Um's liebe Geld.
Wildes Blut.
All Heil!

Olympia Spezialitäten-Theater.
Karlsru. (Circus Ranz) Karlsru.
Strohschneider.
Mähr's Theater.
Gediegene Gesellschaft.

Alezar-Theater.
Dresdenstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Zum 2. Male: Neu! Markthalle VII oder:
Ein Kostümfest.
Carl Jörgensen.
W. Noack's Theater.
Brannenstr. 10.
Unser Jungen.
Quarg's Spezialitäten-Theater.
Im Grand Hôtel Alexanderplatz.
Täglich:
Hervorragende Kunstkräfte!
Horley-Trio, Louis Höhn, Willy Walde, Clemence, Frieda Schwarz.
Feen-Palast-Theater.
Burgstr. 22.
Konfektioneusen.
Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48.
Quartett-Humoristen.
Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 50-51.
Ball.
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Circus Busch.
Persien.

Alezar-Theater.
Dresdenstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Zum 2. Male: Neu! Markthalle VII oder:
Ein Kostümfest.
Carl Jörgensen.
W. Noack's Theater.
Brannenstr. 10.
Unser Jungen.
Quarg's Spezialitäten-Theater.
Im Grand Hôtel Alexanderplatz.
Täglich:
Hervorragende Kunstkräfte!
Horley-Trio, Louis Höhn, Willy Walde, Clemence, Frieda Schwarz.

Feen-Palast-Theater.
Burgstr. 22.
Konfektioneusen.
Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48.
Quartett-Humoristen.
Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 50-51.
Ball.
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Circus Busch.
Persien.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48.
Quartett-Humoristen.
Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 50-51.
Ball.
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Circus Busch.
Persien.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 50-51.
Ball.
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Circus Busch.
Persien.

Circus Busch.
Persien.

Ein Ereignis auf der prüfenden Zunft.

Achtung! Genossinnen und Genossen!
Donnerstag, 9. Februar, Abends 8 Uhr, im Saal der Arends'schen Brauerei (Moabit), Turmstr. 26-27:
Volksversammlung.
Agitation!
Küchenmöbel-Tischler.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Großer Wiener Maskenball.
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Männer-Vortrag.
Syphilis.
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Großer Wiener Maskenball.
Ginsegungs-Anzüge.
Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Agitation!
Küchenmöbel-Tischler.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Großer Wiener Maskenball.
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Männer-Vortrag.
Syphilis.
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Großer Wiener Maskenball.
Ginsegungs-Anzüge.
Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Großer Wiener Maskenball.
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Männer-Vortrag.
Syphilis.
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Großer Wiener Maskenball.
Ginsegungs-Anzüge.
Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Männer-Vortrag.
Syphilis.
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Großer Wiener Maskenball.
Ginsegungs-Anzüge.
Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Männer-Vortrag.
Syphilis.
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Großer Wiener Maskenball.
Ginsegungs-Anzüge.
Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Großer Wiener Maskenball.
Ginsegungs-Anzüge.
Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Großer Wiener Maskenball.
Ginsegungs-Anzüge.
Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Schonung der Pferde.
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Nests).
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Möbel auf Teilzahl.
D. Wurzel & Co.
Voranzeige!
Dr. med. Schaper.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.

D. Wurzel & Co.
Voranzeige!
Dr. med. Schaper.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.

Voranzeige!
Dr. med. Schaper.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.

Dr. med. Schaper.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.
Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.

Wäsche- u. Platt-Anstalt.
Yellow Kid.

Nachruf.
Herr Wilhelm Giehr.
Vereine.
Germaniabrauerei-Ausicht.
Bereinszimmer.
Bereinszimmer.
Bereine und Gewerkschaften!
Möbelverkauf.

Nachruf.
Herr Wilhelm Giehr.
Vereine.
Germaniabrauerei-Ausicht.
Bereinszimmer.
Bereinszimmer.
Bereine und Gewerkschaften!
Möbelverkauf.

Vereine.
Germaniabrauerei-Ausicht.
Bereinszimmer.
Bereinszimmer.
Bereine und Gewerkschaften!
Möbelverkauf.

Bereine und Gewerkschaften!
Möbelverkauf.

Möbelverkauf.

Möbelverkauf.

Möbelverkauf.

Möbelverkauf.

Möbelverkauf.

Möbelverkauf.